

# Berliner Tageblatt



und Handels-Zeitung

Die unerwartet eingehende Manuskripte  
übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Chef-Redakteur Theodor Wolff in Berlin.  
Druck und Verlag von Rudolf Wolff in Berlin.

## Herrn Stresemanns Zeugnis.

Von **Conrad Hausmann,**  
Mitglied der Nationalversammlung.

Der Abgeordnete Stresemann hat in der Donnerstag-Sitzung des Prozesses Helfferich-Erzberger nach den Blättermeldungen ausgelegt: „Er habe am 6. Juli 1917 im Hauptsaal des Reichstags eine Frage an Erzberger gestellt, auf welche dieser erwidert habe: „Kommen Sie morgen früh um 4 1/2 Uhr in mein Bureau, dann will ich Ihnen in Gegenwart des Oberst Bauer, der auch dort sein wird, antworten.“ Der Zeuge Erzberger hat zu dieser Aussage erklärt, „daß er die Frage Stresemanns deshalb nicht gleich an Ort und Stelle beantwortet habe, weil im Hauptsaal am 6. Juli 1917 eine starke Aufregung geherrscht habe, und er deshalb den Wunsch gehabt habe, mit Stresemann unter vier Augen zu sprechen.“

Damit ist beiderseits festgestellt, daß am 6. Juli eine Zusammenkunft auf den 7. Juli im Beisein des Oberst Bauer verabredet worden ist. Diese Zusammenkunft hat auch tatsächlich stattgefunden und zwar in Gegenwart des Oberst Bauer. Ueber den Inhalt der Unterredung gehen die Angaben insofern auseinander, als der Zeuge Erzberger die bezüglichen Versicherungen des Zeugen Stresemann nach seiner Erinnerung nicht befähigt hat, also insbesondere nicht die bestimmte Aussage Stresemanns, Erzberger habe dabei die von Stresemann wiederholte Frage, ob er seinen Vorstoß im Einverständnis mit Herrn v. Bethmann Hollweg oder im Gegensatz zu diesem unternommen habe, dahin beantwortet: „er wolle Bethmann Hollweg beistimmen.“ Kann danach über diesen Wortlaut des Gesprächs keine gleich überzeugende Feststellung, wie über die anderen Tatsachen getroffen werden, so hat doch die feststellbare Tatsache, die Befragung der drei Herren in der Frühe des 7. Juli 1917, ein starkes, politisches, persönliches und geschichtliches Interesse.

Dem der dritte Partner, Oberst Bauer, ist der politische Vertrauensmann des Generals Ludendorff im Obersten Hauptquartier gewesen. Er hat sich am Tage nach dem Vorstoß Erzbergers, der sich unmittelbar gegen Helfferich und Capelles 100-Stimmen gerichtet hat, direkt mit dem Parlamentarier Erzberger ins Benehmen gesetzt und eine unermehrte Hälfte der Verbindung der Obersten Heeresleitung mit Erzberger hergestellt. Zu dieser Verbindung ist als geladene Trauzeuge der nationalliberale Stresemann erschienen und nach seiner eigenen Darstellung wäre Stresemann bei der Rütli-Zeitung zum Sturz des Landvogts Bethmann Hollweg der dritte Mann gewesen. Er und Ludendorffs politischer Agent haben durch ihre personelle Mitwirkung den Zentrumsparlamentarier auf der schiefen Bahn noch vorwärts getrieben und haben geholfen, dem Vorstoß gegen Capelle und Helfferich die Spitze gegen Bethmann Hollweg zu geben.

Nun muß man sich aus der Geschichte jener kritischen Tage noch folgende unbefreitbare Tatsachen vergegenwärtigen. Am 9. Juli hat Stresemann, gestärkt durch das Ergebnis der Konferenz mit dem Vertrauensmann der Obersten Heeresleitung und Erzberger, in der fortgesetzten Hauptausdebatte den heftigsten Vorstoß gegen den anwesenden Bethmann Hollweg gerichtet; er hat dessen Unfähigkeit zum Friedensschluß proklamiert und seinen Rücktritt verlangt. Am 10. Juli aber gehörte Herr Stresemann zu den Eingeweihten, die zum Kronprinzen geladen und von diesem persönlich darüber, ob Bethmann der Mann sei, den Frieden zu schließen, — also über ein Mißtrauensvotum außerhalb des Parlaments — zu „Protokoll“, das heimlich geführt wurde, vernommen worden sind. (Sie dieses Protokoll von dem Kronprinzen der, wie ein Untersuchungsrichter, besonders ausgewählte Zeugen, darunter Stresemann und Erzberger, vernommen hatte, dem Kaiser in Heinsdorf zugestellt worden ist, hatten Ludendorff und Umbenennung am 10. Juli dem Kaiser ihr Entlassungsgeheiß eingereicht, das nicht formell, wohl aber materiell die Entlassung Bethmanns verlangte, da es sofort zurückgezogen wurde, als das dadurch provozierte Entlassungsgeheiß Bethmann Hollwegs eingereicht und von dem bis dahin schwankenden Kaiser angenommen worden war.)

Von diesen Zusammenhängen hatte man in den politischen Kreisen eine Ahnung, aber man hatte keinen Beweis dafür. Die öffentliche Meinung wußte fast nichts davon. Jetzt hat Herr Stresemann, den man unter Eid über sein Verhältnis zu den konservativen Beratern des Kronprinzen hätte hören können, den Vorhang weggezogen und mitgeteilt, wie er „Geschichte machen“ half. Aber „du glaubst zu schieben, und du wirst geziehen.“ In Wahrheit war der starke Mann die deutsche Heeresleitung, die behauptet, sich nicht in die Politik gemischt zu haben. Durch das Medium Bauer war eine direkte Verbindung zu Erzberger hergestellt und der politisch alldenkliche Deckel ist Schrittmacher Erzbergers auf einer kassischen Bahn geworden.

Stresemann, der am 8. Juli aus dem am Morgen des 6. Juli vor Erzbergers Rede gebildeten Mehrheitsausschuß plötzlich wieder ausgetreten war, als er am 7. Juli den direkten Kontakt mit der Obersten Heeresleitung hergestellt half, half sofort die Atmosphäre zur Gründung der Vaterlandspartei gegen Erzberger herstellen. Aus der Verlesung aber, in der die Oberste Heeresleitung und ihre „gelegentlichen Mitarbeiter den Kanzler Bethmann Hollweg nach dem schon im Januar 1917 ausgesprochenen Programm der „Abendwerkstatt“ hatten verschwinden lassen, stieg ein Morgensturm am 13. Juli — Michailis empur! Der Jammer, die Verwirrung und Befahrenheit in den politischen Verhältnissen unter der Herrschaft der Obersten Heeresleitung werden durch diese Tatsachen in größerer Weise beleuchtet. Der Zeuge Stresemann hat den Zuschauern der schmerzlichen Tragödie die Hand gezeigt, die die Drähte gezogen hat. Erz-

## Der französische Eisenbahnerstreik.

### Eingreifen der Nothilfe.

Der Verkehr auf der Gürtelbahn und der Orleansbahn  
lahmgelegt.

(Telegramme unserer Korrespondenten)

Die letzten aus Lyon kommenden Nachrichten lassen erkennen, daß die gestern erfolgte Proklamierung des Generalstreiks wenig gewirkt hat und daß die Macht der Bewegung gebrochen ist. Der von Millerand nach Briand's berühmtem Vorbild erlassene Mobilisierungsbefehl ist von der Mehrzahl der Eisenbahner befolgt worden. Nur aus Moulins hört man, daß dort die Bahnarbeiter dem Befehl nicht nachgegeben sind. Der Regierung steht durch die einberufenen Bahnarbeiter und mit den freiwilligen sozial Personal zur Verfügung, daß der Verkehr fast mit allen Linien ungefähr aufrecht erhalten wird. Die Mobilisierung betrifft 10 000 Mann allein für die Lyon-Bahn. 4000 Schüler polytechnischer Schulen haben sich der Regierung zur Verfügung gestellt. Die Zahl der anderen Streikgegner, die sich melden, ist so groß, daß die Regierung Büreaus für die Einschreibung und Organisation einrichten mußte. So ist es gelungen, die Verbindungen von Paris und anderen Zentren mit der Küste, die 24 Stunden gefährdet waren, überall wiederherzustellen. Nur auf der für Paris so wichtigen Gürtelbahn ruht der Verkehr fast vollständig, ebenso auf der Orleansbahn, wo sämtliche Bahnhöfe geschlossen sind. Die öffentliche Meinung steht hinter der Regierung und würde ein Nachgeben und Paktieren nicht dulden.

Die Zahl der Streikenden ist auf verschiedenen Linien wieder zurückgegangen. Zwischenfälle während des Sonntags wurden nicht gemeldet. Gegen den Genossen Bidol, der sich gegenwärtig in Dijon befindet, wurde ein Haftbefehl erlassen wegen Aufforderung des Militärs zum Ungehorsam. Am Sonntag vormittag wurde Louis Loreal, der im Blatte „Le Liberaire“ einen

Appell an die Rekruten des Jahrgangs 1920 veröffentlichte, verhaftet. Sein wirklicher Name ist Louis Kassin. In dem Bureau des Blattes wurde eine Hausdurchsuchung vorgenommen.

Auf Anordnung der Regierung hat die Justizbehörde eine Untersuchung darüber angeordnet, ob sich diejenigen, die den Generalstreik erklärt haben, nicht gegen das Gesetz vergangen haben. Daraufhin wurden einige Führer verhaftet. Die Regierung ist seit entschlossen, die Wirkung vor dem Gesetz aufrechtzuerhalten. Der Militär-gouverneur trifft gemeinsam mit den Polizeipräsidenten alle nötigen Maßnahmen, um die Aufrechterhaltung der Ordnung zu ermöglichen. Umsätze und Zusammenrottungen gleichviel welcher Art sind verboten. Die Wohnangelegenheiten in Chartres sind hier in den Streik getreten.

Aus Paris wird gemeldet: Im Eisenbahnerstreik ist, trotz des am Sonntag von den Gewerkschaften erlassenen Generalstreikbefehls, keine wesentliche Änderung eingetreten. Der Verkehr wird mit Unterstützung von Ingenieuren, Studenten der Technischen Hochschule usw. aufrechterhalten.

## Der Straßburger Sozialistenkongreß.

Straßburg, 29. Februar. (M. T. B.) In der Sonnabendnachmittags-Sitzung des Sozialistenkongresses trat vorerst für den Anschluß der französischen sozialdemokratischen Partei an die dritte Internationale ein und forderte die Schaffung von Arbeiterparlamenten, welche die Diktatur des Proletariats ausüben sollen. Renaudel erinnerte daran, daß vorerst anlässlich der Kriegserklärung selbst für die Landesvereinigungen gestimmt habe. Er zitierte folgende Worte Lenin's: Die erste Pflicht des bolschewistischen Sozialismus besteht darin, die Niederlage des eigenen Vaterlandes herbeiführen zu helfen. „Welcher französische Sozialist“, fuhr Renaudel fort, „würde es wagen, hier öffentlich zu sagen, man müsse dazu beitragen, die Niederlage Frankreichs herbeiführen? Der Bolschewismus habe nichts anderes hervorgerufen als die Anarchie.“

berger hat durch die sich kreuzende Aktion, deren einer Teil unbekannt blieb, die Mehrheitspolitik in ihren Motiven widerprüchlich und verworren und bei der Obersten Heeresleitung eindrucksvoll machen lassen, was man gleichfalls erst heute feststellen kann. Helfferich aber, gegen den der Hauptstoß gerichtet war, blieb Weizsäcker. Er hat das Parlament und die Öffentlichkeit auch nicht erkennen lassen, daß er ein Gegner der Friedensresolution des von Friedrich Naumann beantragten Mehrheitsausschusses gewesen ist. Solche Mäntel trieb der unfunktionelle Baum.

## Alexandrette von Kemal Pascha genommen.

(Telegramme unserer Korrespondenten)

„Echo“ meldet aus Kairo, daß die Türken und Araber Alexandrette, den Hauptstützpunkt für Aleppo und Haleb, genommen haben. Das würde einen bedeutenden Erfolg der nationalistischen Bewegung Mustafa Kemal Paschas bedeuten. Der Einzug der Franzosen in Alexandrette erfolgte im Oktober 1918. Eine offizielle Bestätigung dieser Meldung liegt nicht vor.

## Auflösung der japanischen Kammer.

(Telegramme unserer Korrespondenten)

Im japanischen Unterhaus ereignete sich jetzt erregte Szenen bei der Beratung der Vorlage über das allgemeine Stimmrecht. Die Sitzung lag auf, und es kam zu schweren Zusammenstößen zwischen der Polizei und den Abgeordneten in den Wandelgängen. Bis spät in die Nacht wurde in der Stadt demonstriert. Am Sonnabend waren in London Nachrichten über ernste Vorgänge in Japan verbreitet, die von der japanischen Bottschaft scharf dementiert werden.

## Die amerikanische Regierung gegen Verhandlungen mit den Bolschewisten.

(Telegramme unserer Korrespondenten)

Die Nachrichten aus Washington stimmen darin überein, daß das Staatsdepartement mit den Bolschewisten nicht verhandeln will. Das bolschewistische Angebot wirkt auf die amerikanisch-europäischen und insbesondere englischen Beziehungen zurück, weil der Umschlag in der Bolschewistenpolitik Lloyd Georges als unaufrichtiger Wettbewerber gegenüber der amerikanischen Geschäftswelt angesehen wird. Die Geschäftsblätter wenden sich bereits scharf gegen England. Gleichzeitig wird das Staatsdepartement aber auch von Handels- und Industriezweigen beauftragt, ihnen Freiheit in Rußland zu geben. Was jetzt wird Abwendung von Transporten nach Rußland aus amerikanischen Häfen nicht erlaubt. Die Unklarheit der politischen Lage gegenüber Rußland, verbunden mit den Schwierigkeiten in der Währungsfrage, machen dem Senat auch eine Entscheidung über die Friedensratifikation unmöglich. Wichtigsten lauten als Nachrichten dahin, daß der Friede von Versailles nun unvermeidlich Gegenstand der nächsten Präsidentenwahl werden wird. Senator France, der bereits einen direkten Frieden mit Deutschland im Senat beantragt, schlägt nun dasselbe für Rußland vor. Die eingetragene Resolution sieht auch eine Entschädigung Rußlands für Schädigungen vor, die das Einrücken der Amerikaner in Sibirien verursacht hat.

## Die heutige Sitzung der Nationalversammlung.

Vor Eintritt in die Tagesordnung kam der Unabhängige Abgeordnete Dr. Cohn nochmals auf die von ihm am Sonnabend schon erwähnte Mitteilung über die Verschärfung der Sicherheitsmaßnahmen und der Einführung neuer Gerichte im Ruhrrevier zurück und kündigte an, daß seine Fraktion im Laufe der Sitzung einen Initiativantrag einbringen werde. Der Ergänzungsentwurf des Gesetzes zur Verfolgung von Kriegsverbrechen und Kriegsvergehen wurde ohne Debatte dem Verfassungsausschuß überwiesen. Präsident Frenckh richtete an den Ausschuß die Bitte, möglichst schnelle Beratung vorzunehmen, damit die zweite Beratung des Entwurfs bereits am Donnerstag auf die Tagesordnung gesetzt werden könne. Sodann setzte das Haus die Beratung der Reichseinkommensteuer fort.

Der Aelternter der preussischen Landesversammlung beschloß, sich wegen der Feuerungszulagen zu den Prästen der Abgeordneten mit der Nationalversammlung in Verbindung zu setzen. Ueber eine eventuelle Vertagung des Hauses wurde noch kein Beschluß gefaßt; die Arbeit soll zunächst weitergehen. Als nächste große Vorlage soll in der nächsten Woche die preussische Verfassung auf die Tagesordnung gesetzt werden, und zwar werden die Beratungen über diesen Entwurf voraussichtlich am Mittwoch über acht Tage beginnen.

## Erhöhung der Zuständigkeit der Amtsgerichte.

Der Nationalversammlung ist von der Regierung der Entwurf eines Gesetzes hinsichtlich der Erhöhung der Zuständigkeit der Amtsgerichte in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten über vermögensrechtliche Ansprüche zugegangen. Er lautet: Artikel 1. Im § 23 Abs. 1 Nr. 1 des Gerichtsverfassungsgesetzes wird das Wort „sechshundert“ durch das Wort „zweihundert“ ersetzt.

In der Begründung heißt es u. a.: „Die im Laufe der letzten Jahre ständig gesteigerte allgemeine Leertung hat dazu geführt, daß auch die Vermögenswerte, die den Gegenstand von bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten bilden, wesentlich gesunken sind. In der Zahl der bei den Amtsgerichten und den Landgerichten anhängigen Zivilrechtsstreitigkeiten hat infolgedessen eine weitgehende Vermehrung in der Richtung stattgefunden, daß die Geschäfte der Amtsgerichte wesentlich — an manchen Stellen bis auf die Hälfte der früheren — herabgemindert worden ist, während auf der anderen Seite bei den Landgerichten die mit erstmaligen Zivilrechtsstreitigkeiten befaßten Zivilkammern und die Kammern für Handelsfachen geradezu überlastet sind.“

## Die Sozialdemokraten zum Abfindungsgesetz.

Wie wir bereits meldeten, findet heute abend eine gemeinsame Sitzung der mehrheitlichsozialistischen Fraktionsmitglieder der Landesversammlung und der Nationalversammlung statt, in der über die Einzelheiten des Abfindungsgesetzes über die Auseinandersetzung zwischen Staat und Krone beraten werden soll. Im Zusammenhang hiermit kann erklärt werden, daß die Meldung eines Mittagsblattes von einer Krise im preussischen Finanzministerium stark übertrieben und entsetzt ist. Minister Söbke wird der Sitzung beiwohnen.

## Freigabe des deutschen Eigentums in Italien.

Dem „Tempo“ zufolge beabsichtigt die Regierung, das Mobilien- und Immobilien der nach Italien zurückgekehrten Deutschen freizugeben, soweit es sich nicht um bedeutende Werte handelt. Die Regierung dementiert, daß die historische Villa Wolkonski von Deutschland als Besitztum angekauft sei. Mehrere Blätter hatten hiergegen energig protestiert.